



Präambel

Die Partei Wir2020 Deutschland (Wir2020) vereinigt Menschen ohne Unterschied deren Rasse, ethnischen Herkunft, Hautfarbe, des Geschlechts, der sexuellen Identität, der Religion, einer Behinderung, des Alters oder Geburt, sozialer Herkunft, Vermögen oder sonstigem Stand.

Ein fundamentales Selbstverständnis besteht in einem unverrückbaren Konsens, dass wir allen auf unserem Grundgesetz und der freiheitlich demokratischen Grundordnung basierenden politischen Meinungen willkommen heißen, jedoch jegliche extremistischen, totalitären, diktatorischen und faschistischen Bestrebungen entschieden ablehnen.

Unter der Prämisse dieser moralischen Grenzen bietet die Partei Wir2020, den Menschen Raum zur Diskussion und fördert deren aktiven politischen Teilhabe, die beim Aufbau und Ausbau eines demokratischen Rechtsstaates und einer modernen freiheitlichen Gesellschaftsordnung geprägt vom Geiste sozialer Gerechtigkeit mitwirken wollen.

Neben der unantastbaren Menschenwürde ist die Einhaltung der Freiheitsrechte von entscheidender Bedeutung. Eine freiheitliche Gesellschaft ist nur vorstellbar, wenn Macht und Machtstrukturen begrenzt und kontrolliert sind und ein liebevoller, friedlicher Umgang miteinander gepflegt wird, bei dem das Menschsein und die Menschlichkeit des anderen immer Beachtung finden.

Der Schutz unseres natürlichen Lebensraumes ist wie die Einhaltung des UNO Gewaltverbotes von existenzieller Bedeutung. Eine friedliche Welt ist nur vorstellbar, wenn die gesamte Menschheitsfamilie im Einklang mit sich selbst und der Umwelt zusammenlebt.

Die Partei Wir2020 steht für Achtsamkeit, Aufmerksamkeit, Verantwortung im Sinne von Eigen- und Fremdverantwortung, sowie für eine völlig neue Gesamtstruktur, in der sich alle Menschen gleichberechtigt an Entscheidungen beteiligen dürfen. Rechte und Pflichten gelten für alle Menschen und alle staatstragenden Säulen, Gesetzgebung (Legislative), ausführende Gewalt (Exekutive), Rechtsprechung (Judikative), informierende Gewalt (Publikative) und Geldsteuerung (Monetative) gleichermaßen.

GRUNDKONSENS

»Die 12 unveränderlichen Grundsätze unserer Politik«

- 1. Neben der unantastbaren Menschenwürde ist die Einhaltung der Freiheitsrechte von entscheidender Bedeutung und beide dürfen von einem Staat nicht eingeschränkt werden.**
- 2. Der Staat hat die Verpflichtung seine Bürger bei Gefahren objektiv und sachlich zu informieren, damit diese für sich und andere Verantwortung übernehmen können.**
- 3. Die Gesundheit der Menschen ist kein Objekt politischer Experimente, wirtschaftlicher Interessen oder medizinischer Versuche.**
- 4. Wir lassen alle Experten zu Wort kommen und bilden aus Thesen und Antithesen Synthesen auf der Grundlage eines öffentlichen und transparenten Diskurses.**
- 5. Wir festigen unsere soziale Demokratie** und dies bedeutet eine Beteiligung aller an den Ressourcen dieser Welt, an den Entscheidungen sozialer und wirtschaftlicher Art, eine gerechte Verteilung von Bildung und Ausbildung, die angemessene Verteilung der Lasten auf alle Schultern und selbstverständlich auch **einen freien Zugang zu Informationen & Kommunikation.**
- 6. Ob als gewählte Vertreter, Amtsinhaber oder Privatperson, wir gehen mit Vorbild voran.** Ehrlichkeit, Offenheit, Transparenz und Bescheidenheit und immer erst das Wohl der Allgemeinheit im Blick sind der Charakter unserer Politik und Personen.
- 7. Wir erzielen gerechte Lösungen für ein soziales Miteinander auf der Welt, für Frieden, Demokratie und Freiheit.** Die Welt gehört der ganze Menschheitsfamilie und die Einhaltung des UNO Gewaltverbotes von existenzieller Bedeutung.
- 8. Die Wirtschaft und Finanzwelt dienen dem Menschen sein Leben zu sichern und nicht umgekehrt.** Politik unterstützt die Bürger in der Erhaltung ihrer Freiheit. Gegen Lobbyistentum treten wir mit aller Gesetzesmacht und gestärkten nationalen und internationalen Gerichten an.
- 9. Leben und Arbeit in menschlicher Würde, sozialer und kultureller Teilhabe, Freiheit, Sicherheit, sind das oberste Ziel unseres politischen, sozialen und privaten Handelns.**
- 10. Alle Menschen müssen freien Zugang zu Wasser, Energie, Bildung und Kultur haben.**
- 11. Über die Anpassung sozialer Rollen und Strukturen müssen wir nachdenken,** um zu einer freien gleichberechtigten Gesellschaft aller Menschen unabhängig von Geschlecht, Rasse und Religion zu gelangen und soziale Strukturen, wie den Schutz der Familie als Keimzelle unserer sozialen Gemeinschaft und Zukunft, zu stärken.
- 12. Wir setzen uns ein für Nachhaltigkeit in allen Bereichen unseres Lebens** und schonen die Natur vor ungezügelter Eingriffen, damit folgende Generationen von Mensch, Tier und Pflanzen eine lebenswerte Umwelt behalten.

Aus diesen Geboten entwickeln sich unsere Ziele und Programme. Kein Weg wird uns zu weit und kein Berg zu hoch sein. Wir werden nicht eher ruhen, bis die Ziele erreicht sind. Der Weg ist das Ziel und jeder kleine Schritt auf dem Weg wird ein Erfolg für unsere Wähler und alle Menschen in Deutschland, Europa und der Welt sein.

Vorwort zu diesem Programm

Dieses Rahmenprogramm legt die groben Eckpunkte unserer politischen Zielrichtung fest und kennzeichnet unsere besonderen Interessensfelder.

Nicht alle Themen, Aufgaben und Herausforderungen können hier umfänglich ausgeführt werden. Auch wenn uns diese Themen ebenso wichtig sind und zum Gesamtaufgabenbereich unserer politischen Verantwortung für Deutschland gehören. Zur besseren Übersicht sind die Themen alphabetisch sortiert.

Unser Programm ist nicht einmalig starr und für alle Zeit fest in Stein gemeißelt, sondern lebt in der täglichen politischen Arbeit und den durch die Mitglieder, Wähler und Bürger an die Partei herangetragenen Wünsche. In jedem Jahr wird daraus eine Top-10-Liste dringender Sofortmaßnahmen erstellt, die automatisch in dieses Rahmenprogramm aktualisiert wird.

Vor allem lebt unser Programm und damit unsere Politik von der aktiven Mitgestaltung durch die Basis unserer Partei. Wir arbeiten und handeln nach dem Motto:

„Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Einzelteile“

und

„Das Ganze ist wichtig, doch ohne den Einzelnen gibt es kein Ganzes“

Wir wollen und werden nicht auf jeden Einzelnen mit seiner Meinung und Mitarbeit verzichten, ohne jedoch das Ganze, d. h. das Wohl der Allgemeinheit, aus den Augen zu verlieren.

Wir würden uns freuen, wenn Sie ein Teil von uns werden und durch Ihre Mitarbeit das Ganze mit Ihrem politischen Farbtupfer noch bunter machen.

Die Parteigründer

Kurzübersicht über die Sammelpunkte:

Top-10-Liste der Sofortmaßnahmen	S. 3
Ausbildung & Bildung	S. 4
Ökologie	S. 5
Sicherheit & Innen-/Außenpolitik	S. 7
Sozial- & Gesundheitssystem	S. 14
Tierschutz	S. 16
Wirtschaft & Steuer	S. 17

Stichwortverzeichnis S. 19

»Die Top-10-Liste der dringenden Sofortmaßnahmen 2020«

Das Leben in unserem Deutschland bedeutet im Jahre 2020 leider für viele Menschen den sozialen Abstieg in Armut, Unsicherheit, Hilflosigkeit, Krankheit und den Kampf gegen eine Vielzahl weiterer unmenschlicher Regierungs- und Gesetzesmühlen durch die Corona-Krise.

Aus diesem Grund stehen die Top-10-Sofortmaßnahmen im Jahre 2020 alle unter dem Schatten der dringenden sozialen und wirtschaftlichen Stabilisierung unserer Gesellschaft, um die weitere soziale Verarmung und akute Zerstörung des Mittelstandes zu stoppen, die vor allem auf bloße Vermutungen und unwissenschaftlich Behauptungen basierenden Corona-Maßnahmen.

Diese nun folgenden Punkte werden nicht einzelnen sondern als Ganzes gesehen und daher gemeinschaftlich angegangen. Sie alle sind wichtig und notwendig für die Zukunft der Menschen und damit die Zukunft unseres Landes.

Top-10-Liste:

1. Rücknahme sämtlicher Grundrechts- und Gewerbebeschränkungen und Corona-Gesetze
2. Sofortige Entbürokratisierung und Aussetzung aller Verordnungen und Richtlinien die eine schnelle Erholung des Mittelstandes behindern
3. Wiederherstellung der Presse- und Diskussionsfreiheit, Verbot der Zensur in Social-Media
4. Einführung der Qualifikationsförderabgabe, bundesweite allgemeine Ganztagschulen und das Anrecht auf kostenlose Kinderbetreuung für alle nicht schulpflichtigen Kinder
5. Reform des Gesundheitssystems und der zugehörigen Behörden
6. Steuerreform (u.a. Besteuerung von Unternehmen die in Deutschland keine Steuern zahlen)
7. Reform des Rentensystems (u. a. Sperrung jeglicher Geldentnahme für nicht Rentenleistungen, Einführung einer Staatsgarantie, dass kein Bürger weniger Rente erhält, als er einbezahlt hat)
8. Einführung eines Straftatbestandes der Steuerverschwendung im Amt und Einführung einer erweiterten persönlichen Haftung von öffentlich Beschäftigten und Beamten
9. Einführung eines Auskunfts- und Informationsfreiheitsgesetzes nach skandinavischem Modell in allen Ämtern und Behörden
10. Sofortige personelle Aufstockung der Staatsanwaltschaften und Gerichte.

»Ausbildung & Bildung«

Das **Bildungswesen** ist ein zentraler zukunftsentscheidender Faktor und darf nicht weiter im Rahmen einer Föderalismusreform dezentralisiert werden. Im Gegenteil, der Bund muss eine stärkere, effektive **Richtlinienkompetenz** erhalten.

Eine angemessene Ausbildung und Bildung gehört zu den Grundrechten der Menschen und muss allen gleichermaßen zugänglich sein. Auch hier darf die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinanderdriften.

Bildung gehört zu den Grundlagen der demokratischen Entwicklung, sie muss den Menschen befähigen, gestaltend Einfluss nehmen zu können. Bildung darf nicht zu einer Ware verkommen, die ökonomisch in den Wettbewerb des Neoliberalismus eingereicht wird. Bildung in allen Bereichen muss staatliche Aufgabe bleiben und allen gleichermaßen und kostenlos zugänglich sein.

Wir wollen eine grundlegende Reform des Schulsystems.

Alle Kinder müssen, bei den Kindertagesstätten beginnend, die gleichen Chancen haben. Kindertagesstätten sind gemäß ihrem hohen pädagogischen Auftrag personell und materiell hinreichend auszustatten, ihr Besuch ist kostenlos. Die Ausbildung wie auch die Entlohnung der Erzieher und Erzieherinnen wird verbessert.

Das **Studium** bleibt für sozialschwache gebührenfrei, um die Chancengleichheit aller zu gewähren. Für sozialschwache sollten Stipendien bereitgestellt werden, die nicht der Rückzahlung unterliegen.

Die betriebliche Ausbildung soll umlagefinanziert werden.

Die gesetzlichen Zwangszahlungen an sämtliche Kammern werden abgeschafft und das System der Kammern an sich einer Prüfung unterzogen und z.B. durch eine neue **Qualifikationsförderabgabe** ersetzt, die in einen allgemeinen Ausbildungsbeihilfetopf fließt. Aus diesem Topf erhalten Betriebe, die ausbilden, entsprechende Fördergelder gezahlt. Die Fördergelder betragen mindestens 50% des sozialpflichtigen Bruttolohnes der Auszubildenden. Die Fördergelder müssen zurückgezahlt werden, wenn der Auszubildende nach der Ausbildung nicht für mindestens 2 Jahre im Betrieb übernommen wird. Aus diesem Topf erhalten auch sozialschwache Studierende Ihre Stipendiengelder in Höhe der jeweiligen Studiengebühren. Die Stipendiengebühren und Ausbildungsfördergelder sollen nur für die Regelstudien bzw. Ausbildungszeit gezahlt werden.

»Ökologie«

Wir wollen **Ökologie** und **Ökonomie** miteinander in Einklang bringen. Sie sind keine konkurrierenden Faktoren. Wir müssen dazu beitragen, dass der hemmungslose Verbrauch aller Ressourcen dieser Welt gestoppt wird. Die fortschreitende Zerstörung durch Emission, Erosion und Vergiftung, die weltweite lebensbedrohliche **Umweltzerstörung** muss aufgehalten werden. Wir werden unsere gesamte Wirtschaftspolitik ökologisch ausrichten und dafür kämpfen, dass Deutschland hier zum Vorbild wird und andere unserem Beispiel folgen.

Der Übergang zu einer **nachhaltig** wirtschaftenden Gesellschaft in Industrie und Landwirtschaft wird ökonomische, technische und auch soziale Innovationen erfordern, durch die neue und dauerhafte Arbeitsplätze entstehen werden. Allein durch die völlige Umstellung der Energieerzeugung auf saubere, nachhaltige Quellen könnten unzählige neue zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

Wir wollen eine effiziente und nachhaltige **Energieversorgung**. Diese hat neben Energieeinsparmaßnahmen höchste Priorität.

Staatliche Förderungen zur beschleunigten Erforschung und Weiterentwicklung erneuerbarer Energieerzeugungsprogramme sind zu verstärken. Dazu wird ein flächendeckendes Netz zur Erzeugung von Energie aus regenerativen Quellen zur Verfügung gestellt. Energieerzeugung und -verteilung sind, bleiben bzw. werden wieder staatliche hoheitliche Aufgaben.

Die Subventionierung von Kohle, Öl und Atomkraft wird eingestellt. Bis 2030 soll der Einsatz von nicht erneuerbaren Primärenergieträgern (Kohle, Öl, Gas) um mindestens 50% gesenkt werden, der Rohstoffverbrauch, Verbrauch von Bodenflächen, um mindestens 30% gesenkt werden.

Eine nationale und internationale **Klimaschutzpolitik** zur deutlichen Senkung der Schadstoffemissionen unter Berücksichtigung ganzheitlicher Betrachtung aller Emissionsphasen von Herstellung bis Entsorgung wird energisch vorangetrieben.

Weiterhin müssen Schadstoffemissionen drastisch vermindert werden durch den Ausbau des öffentlichen Personennah- und -fernverkehrs, durch Verlagerung des Gütertransports auf Schienen- und Wasserwege.

Alternativen der Fortbewegung, wie dem Fahrrad oder den Behindertenfahrzeugen, müssen gleichberechtigt behandelt werden, d. h. nach heutigem Stand deutlich gefördert werden. Bund Länder und Kommunen müssen einen aufeinander abgestimmten **Verkehrsverbund** aller Verkehrsmittel schaffen, um den öffentlichen Personenverkehr attraktiv zu machen. Innenstädte können wieder attraktiv und menschenfreundlich werden durch Verstärkung und Bevorzugung des Nahverkehrs und der Fußgänger und Optimierung der Verkehrsflüsse und P+R-Angebote für Autofahrer.

Zu einem umfassenden Verkehrskonzept nach ökologischen Grundsätzen gehört ebenso eine entsprechende Planung der Flächennutzungs- und Siedlungspläne. Wohnen und arbeiten soll, wenn irgend möglich, in räumlicher Nähe bzw. in einem räumlichen Zusammenhang stattfinden. Um dieses Ziel zu erreichen, sind umfangreiche Regionalisierungsstrategien für Industrie und Landwirtschaft geboten.

Der Verkehrsfluss muss z.B. durch erhöhten Einsatz von Kreiseln anstelle von Ampelkreuzungen und intelligenterer Verkehrsleitsystemen an vielen Stellen optimiert werden.

Die **Landwirtschaft und Fischerei** werden wir, wie die Industrie, auf ökologische Produktion umzustellen.

Eine nachhaltige, ökologische und soziale Produktionsweise in einer Größenordnung von 50% in den nächsten 10 Jahren ist erreichbar, ohne die Versorgung zu gefährden. In weiteren Schritten ist die konventionelle Landwirtschaft völlig auf **Nachhaltigkeit und Ökologie** umzustellen. Der Einsatz **gentechnisch** veränderter Lebensmittel und der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ist einer wissenschaftlichen Überprüfung zu unterziehen. Europa- und weltweit müssen gentechnisch veränderte Lebensmittel, Futtermittel, Saatgut usw. deutlich gekennzeichnet werden. Für schon eingeführte genmanipulierte landwirtschaftliche Produkte und Pflanzen müssen klare Haftungsregeln geschaffen werden, um die Verursacher einer gentechnischen Verschmutzung von Natur und Landwirtschaft haftbar machen zu können.

Die **Bio-Piraterie** der Konzerne mit Unterstützung der Patentämter muss unterbunden werden. Natürliche Produkte und Ausgangsstoffe pflanzlicher und tierischer Art dürfen nicht unter Patentschutz gestellt werden. Der freie Zugang zu Saatgut muss für alle gewährleistet bleiben.

Wir wollen die regionalen Strukturen in der Landwirtschaft stärken. Regionale Vermarktung und ökologische Landwirtschaft schaffen Arbeitsplätze und verhindern weitere Verödung der Böden und Abwanderung aus ländlichen Regionen infolge Schließung von nicht-industriellen landwirtschaftlichen Betrieben.

»Sicherheit & Innen-/Außenpolitik«

Zu den wesentlichen Aufgaben des Staates gehört es, seine Bürger und das Staatswesen vor Kriminalität, Terrorismus und vergleichbaren Bedrohungen zu schützen.

Innere Sicherheit erreichen wir nur, wenn es gelingt, im Inneren **Frieden** herzustellen. Dieser ist jedoch nur unter Bedingungen der sozialen Gerechtigkeit zu erreichen.

Wir wollen die Kapitulation des Bürgers vor einem allmächtigen Staatsapparat und einer ausufernden Wirtschaft verhindern, wir wollen einen mündigen und **kritischen Bürger**.

Wir wollen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Rechten und Freiheiten des Bürgers und den erforderlichen Mitteln und Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung des Rechts, ohne dass Sicherheit und damit innerstaatlicher Frieden nicht möglich ist. Denn ein wesentliches Merkmal der inneren Sicherheit eines demokratischen Staates ist es, die Balance zu halten, zwischen **Bürgerrechten** und **Freiheiten**, hier besonders auch dem Versammlungsrecht, der Meinungsfreiheit, der Unverletzlichkeit der Wohnung, dem Schutz des gesprochenen Wortes und den Eingriffsrechten des Staates. Diese Balance ist erheblich gestört und wird schleichend weiter ausgehöhlt. Wir werden diesen Prozess stoppen bzw. rückgängig machen. Wir müssen den Weg zum totalen **Überwachungsstaat** unter dem Vorwand der Bedrohung durch z.B. Terrorismus und Viren beenden. Dazu gehört die Ausweitung und Verbesserung des Datenschutzes als Recht der informellen Selbstbestimmung vor allem gegenüber allen staatlichen Stellen. Medizinische Daten und die ärztliche Schweigepflicht müssen als unantastbares Recht sichergestellt werden.

Wir werden die Privatsphäre und die persönlichen Daten sowohl vor überzogenen Eingriffen der Vollzugsbehörden als auch vor Missbrauch durch Social-Media Anbieter, Technologiefirmen und sonstigen kommerziellen Unternehmen schützen. Das Recht **der informellen Selbstbestimmung** ist zu stärken.

Die Schleierfahndung, das automatische Aufzeichnen von Kfz-Kennzeichen, routinemäßige Erfassung von Bewegungsprofilen und ähnliche Erweiterungen des Polizeirechts lehnen wir pauschal ab. Es muss immer eine Entscheidung unter richterlichem Vorbehalt geben.

Jeder Bürger muss ungehinderten Zugang zu Daten haben, die ihn persönlich, die Grundversorgung, Energie, Umwelt, Nahrung betreffen.

Der Bürger hat das Anrecht jederzeit zu erfahren, welche **Daten** wann, wo und von wem über ihn gesammelt wurden. Ausnahmen im Rahmen der Verbrechensbekämpfung sind durch eindeutig zu formulierenden Gesetzen und einen umfassenden Richtervorbehalt zu regeln.

Wir dürfen nicht aufgrund europäischer und außereuropäischer Entwicklungen, Mindestrechte in Strafverfolgungs- und Strafverfahren absenken. Wir werden darauf achten, dass die Privatisierung des Strafvollzugs, wie in Ansätzen begonnen, nicht weitergeführt wird bzw. rückgängig gemacht wird. Das Entstehen einer Gefängnisindustrie muss schon im Ansatz verhindert werden. Diese ist absurd und mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbar.

Weiterhin weisen wir eine **Law&Order**-Politik zurück, die sich hauptsächlich auf das Wegsperrn missliebiger Personen und Personengruppen beschränkt und die gesellschaftlichen, sozialen Probleme von Kriminalitätsursachen vernachlässigt. Stattdessen muss der Vollzugsumfang von Freiheitsstrafen deutlich hinterfragt werden. Es ist nicht einzusehen, dass Menschen, die für die Gesellschaft keine Gefährdung bedeuten, in einem teuren, unnötigen Gewahrsam gehalten werden müssen. Wir wollen die Möglichkeit ausweiten, dass deren Schuld durch produktive Tätigkeiten an der Gesellschaft abgebaut werden kann.

Weiter werden wir dafür sorgen, dass schneller und einfacher als bisher auf betrügerisch erworbenes Vermögen zurückgegriffen werden kann. Großbetrug und **Korruption** dürfen sich nicht mehr lohnen und durch geringfügige Freiheitsstrafen aussitzbar sein.

Der im Strafgesetzbuch vorgesehene **Täter-, Opferausgleich** ist in seiner Ausführung dahingehend zu verbessern, dass dem Schutz des Opfers eine angemessene Rolle zukommt. Die Schutzbedürftigkeit des Opfers von Verbrechen, besonders von Gewalttaten ist im Strafverfahren deutlicher zu berücksichtigen.

In der **Drogenpolitik** setzen wir auf Prävention und Hilfe in jedem Einzelfall. Für von sogenannten harten Drogen Abhängige, fordern wir die medizinisch kontrollierte Abgabe von Substitutionsmitteln sowie den Ausbau von Entzugs- und Therapieeinrichtungen.

Insgesamt wollen wir in der Kriminalitätsbekämpfung die schon vorhandenen **Präventionsmaßnahmen** verstärken. Es ist unbestreitbar, dass mehr Polizei und härtere Strafen - bei unveränderten sozialen, gesellschaftlichen Bedingungen – keinesfalls eine Verringerung der Kriminalität bzw. Verbesserung der Sicherheit bedeuten.

Ein Einsatz der **Bundeswehr im Inneren** über die bisher schon im Grundgesetz vorgesehenen Möglichkeiten hinaus, muss absolut verboten bleiben. Vorstöße zur Aufweichung der bestehenden Regelungen werden wir strikt bekämpfen.

Extremistischen Positionen erteilen wir eine klare Absage. Gewaltverherrlichung, rassistische, gewalttätige Anfeindungen bestimmter Personen und Personengruppen und Ungleichheit

vertretende Organisationen jeglicher Art werden wir rigoros bekämpfen. Alle Glaubensrichtungen werden von uns toleriert, sofern sie nicht Gewalt, Hass und Unterdrückung predigen oder entsprechendes Gedankengut verbreiten. Unsere oberste Maxime ist ein friedliches und soziales Miteinander.

Wir fördern eine menschliche, sozial angemessene **Einwanderungspolitik**. Integrationswillige sind in die Gesellschaft mit allen Rechten und Pflichten zu integrieren.

Wir setzen uns für ein starkes, geeintes und demokratisches **Europa** ein. Dazu gehört der Entwurf einer gemeinsamen Verfassung, über die alle Mitgliedstaaten in einem demokratischen Prozess befinden müssen. Diese **Verfassung** darf nicht dazu führen, dass demokratische Rechte abgebaut werden. Entscheidungsprozesse in der EU müssen transparent werden. Die Rechte und Befugnisse des **Europäischen Parlaments** sind deutlich zu verbessern. Dies hat auch für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu gelten. Gerade hier muss das Europäische Parlament entscheidend beteiligt werden. Im Europäischen Rahmen ist das **Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrecht** der Bevölkerung in Anlehnung an das Schweizer Vorbild zu diskutieren.

Unsere **Außenpolitik** hat u. a. das Ziel, die ökologisch-ökonomischen Fehlentwicklungen aus der Globalisierung und dem Neoliberalismus zu korrigieren, **die Abrüstungsbemühungen** weltweit voranzutreiben und zu einem gleichberechtigten, friedlichen Miteinander aller Völker der Erde beizutragen.

Der Kampf um die Rohstoffe dieser Welt verschärft sich zusehends. Die **Globalisierung** ist zu einem Steuervermeidungs- und Steuersenkungswettlauf verkommen. Demokratische Regierungen werden erpresst, soziale und ökologische Mindestnormen bewusst vernachlässigt, bzw. abgeschafft. Wir müssen verhindern, dass sich die Welt endgültig in eine globale Gesellschaft der Geldvermögensbesitzer und nationaler Arbeitsgesellschaften spaltet. Der Rechtsstaat läuft in Gefahr zu einem Staat zu mutieren, der den inneren Frieden mit Gewalt aufrechterhalten muss, mit Sicherheitspolitik statt mit Sozialpolitik.

Wir wollen die Abschottung der eigenen **Agrarmärkte** mit staatlichen Subventionen und Schutzzöllen gegen die ärmeren Agrar- und Entwicklungsländer aufheben, da diese deren eigenständige Entwicklung hemmt oder verhindert und sie in immer größere Abhängigkeit westlich orientierter Konzerne und Wirtschaften treibt.

Der Begriff der „Globalisierung“ wird zweckgerichtet benutzt, um Druck auf nationale Regierungen und Verbände auszuüben, um nationale Misserfolge, Untätigkeit und Korruption zu bemänteln und dient als Ausrede für Resignation und Kapitulation der verantwortlichen Volksvertreter.

Exporte von Rüstungsgütern sind grundsätzlich zu verbieten. Einen Rechtsanspruch auf Exportgenehmigung gem. Außenwirtschaftsgesetz, darf es nicht mehr geben. Der Einfluss der Rüstungslobby ist zurückzudrängen. Endliches Ziel muss ein weitgehender Abbau, eine Reduzierung der **Rüstungsindustrie** sein.

Wie auch in der Innenpolitik wollen wir weltweit der ungezügelten **Privatisierung**, der hemmungslosen Bereicherung und den kriminellen Strukturen der internationalisierten Geldwirtschaft entgegenhalten. Die Möglichkeit, dass Banken ungehemmt Geld produzieren, muss weltweit wieder rückgängig gemacht werden. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Menschen dieser Welt ungehinderter Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen haben. Vor allem der Privatisierung der **Wasserversorgung** und damit einer Eröffnung neuer Konfliktherde, muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Ein Weg aus der Globalisierungsmisere und dem Wahn des Neoliberalismus ist es, die nationale Politik zu internationalisieren, um der Erpressung durch die Konzerne zu entkommen. Dies kann und muss im Rahmen der EU und besonders im Rahmen der **Vereinten Nationen** (VN) geschehen.

Wir wollen daran mitwirken, die Vereinten Nationen grundlegend zu reformieren bzw. zu demokratisieren, ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten zu stärken. Hierzu ist es erforderlich, über die dringend notwendige innere Reform hinaus, die Unabhängigkeit und Freiheit ihrer Entscheidungsfähigkeit auch dadurch zu fördern, dass sie aus der Einflussphäre eines Staates herausgelöst werden. Das Hauptquartier der VN muss, ähnlich wie der Vatikanstaat, selbstständigen, staatlichen Status haben, um nicht durch das Gastland mit finanziellem und formalem Druck drangsaliert werden zu können. Alle Mitglieder müssen freien ungehinderten Zugang zum Hauptquartier haben, ohne durch Einreisebestimmungen und andere Formalien des Gastlandes unangemessenen Repressalien ausgesetzt werden zu können.

Im Völkerrecht fehlen bisher die Möglichkeiten, unverantwortlich handelnde „Global Player“ zur Rechenschaft zu ziehen. Die vorhandenen Regeln und Vereinbarungen sind alle wenig bis nicht wirksam, da ihr Befolgen freiwillig ist, nicht von unabhängiger Seite kontrolliert und vor allem nicht mit wirksamen Sanktionen belegt wird oder werden kann.

Wir brauchen verbindliche Vereinbarungen von Mindeststandards in der **Sozialpolitik**, zur Vermeidung von Sozialdumping, Mindeststandards in der **Umweltpolitik**, Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten gegenüber dem internationalen **Kapitalverkehr**, zur Reduzierung der Spekulation und zur Vermeidung von Finanz- und Verschuldungskrisen und vieles mehr. Die demokratischen Staaten müssen sich gegen die sogenannten Globalisierungszwänge wehren. Die politische Dimension der Globalisierung ist international beeinflussbar und gestaltbar.

Wir fordern die weltweite Beachtung des Völkerrechts und der Menschenrechte, sowie eine gerechte **Weltwirtschaftsordnung** in einem System globaler Sicherheit (Vereinte Nationen).

Global Governance (**Weltinnenpolitik** oder Erdpolitik) wird ein wichtiges Ziel und zentrales Thema unserer Außenpolitik sein. Dazu gehört auch, dass die VN das **Gewaltmonopol** besitzen und behalten müssen. Die VN müssen finanziell und organisatorisch in die Lage versetzt werden, Verträge zu überwachen und ihre Einhaltung effektiv durchzusetzen.

Eine freie, politisch unabhängige **journalistische Berichterstattung** in den maßgeblichen Massenmedien ist, sowohl national wie auch international noch nicht oder nicht mehr oder nur noch eingeschränkt möglich. Die Gleichschaltung der Medien mit Politik und Wirtschaft muss aufgelöst werden. Sie müssen nachhaltig an ihre Kontroll- und Aufklärungsfunktion erinnert werden. Ihre Unabhängigkeit muss wiederhergestellt werden, ihre kartellmäßigen Verflechtungen sind aufzulösen. Denn ein Kriterium der Demokratie ist die **Meinungsvielfalt** und der **freie Zugang** zu allen Informationen. Für diese Pluralität müssen wir wieder sorgen, damit dem Missbrauch und der **Manipulation** durch einige Wenige ein Ende gesetzt wird. Möglichkeiten zur Brechung der **Medienmonopole** sind u.a. die Schaffung bzw. Förderung von **Bürgerfunk**, offenen Fernsehkanälen und lokalen **Bürgerzeitungen**. Zu fördern sind Programme, die ein soziales und demokratisches Miteinander tragen. Das **Internet** muss unter internationale und demokratische Kontrolle gestellt werden, sodass Privatpersonen, freie Journalisten und kleine und große Medien- und Informationsanbieter die Social-Media und Medienplattformen ungehindert für ein breites Spektrum von alternativen Meinungen nutzen können. Der Zensur-Umfang muss transparent sein und geprüft werden. Eine wirtschaftliche Zensur darf es nicht geben.

Dieses auf den Weg zu bringen, kann nur mithilfe einer wirtschaftlich unabhängigen, starken und geeinten EU gelingen, die sich, ohne mit anderen Staaten in Konfrontation zu geraten, keinerlei Druck, weder wirtschaftlichem noch militärischem, zu beugen braucht. Dieses bedeutet aber keinesfalls eine weitere militärische Aufrüstung der EU-Staaten bzw. einen Rüstungswettlauf mit anderen Staaten.

Unsere **Sicherheitspolitik** beschränkt sich nicht auf militärische Verteidigungsanstrengungen. Ein wesentlicher Schwerpunkt wird es sein, Institutionen der gewaltfreien Konfliktlösung zu schaffen bzw. auszubauen und durch **Vertrauensbildung** gegenseitige Berechenbarkeit und damit ein Mehr an Sicherheit herzustellen. Zur Sicherheit gehört jedoch zwingend, wie auch in der Innenpolitik, die Herrschaft des **Rechts** und dieses muss durchsetzbar sein. Gewaltfreier Krisenbewältigung, Krisenpräventionspolitik und politischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus sind absoluter Vorrang einzuräumen.

Eine deutsche Regierung strebt nach einer friedlichen Koexistenz aller Nationen und Völker und nach Verstärkung einer allgemeinen weltweiten Abrüstung.

Die Sicherheitspolitik (Verteidigungspolitik) der Bundesrepublik Deutschland hat zum einen das Ziel und den Zweck, die Unversehrtheit ihres Staatsgebietes und die Bewahrung von Freiheit, Sicherheit und Wohlergehen seiner Bürger zu gewährleisten. Zur Wahrung dieser Interessen hat Deutschland Streitkräfte aufgestellt.

Weiteres Ziel einer deutschen Sicherheitspolitik ist die Erhaltung, Wiederherstellung und Sicherung des **Friedens** und einer kooperativen **Sicherheitsordnung** im Rahmen der europäischen Demokratien, der Europäischen Union.

Kriegerische Handlungen – dazu gehört auch die Verteidigung im Sinne des Grundgesetzes – sind ausdrücklich auf die in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehenen Maßnahmen gemäß Kapitel VII und Art 51 beschränkt. Das **UNO Gewaltverbot** darf nicht gebrochen werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Herstellung, Lagerung und Verbreitung von **Massenvernichtungswaffen** atomarer, biologischer und chemischer Art absolut verboten werden bzw. entsprechend vorhandene Verbote beachtet und allgemein durchgesetzt werden. Wir fordern, dass alle Staaten die Ottawa-Konvention von 1999 - Verbot von Anti-Personenminen – ratifizieren, und dass diese dahingehend erweitert wird, alle Landminen, auch sogenannte intelligente **Minen**, zu ächten.

Die Bundeswehr muss reformiert werden, um effizienter und wirkungsvoller ihre Aufgaben erfüllen zu können. Die Bundeswehr wird in eine qualitative, operationsfähige Krisenschutzkraft umgewandelt. Die parlamentarische Kontrolle der Bundeswehr ist zu verstärken und transparenter zu gestalten. Die Streitkräfte, ihr Einsatz und ihr Personal unterliegen dem Primat der Politik und der Kontrolle durch das deutsche Parlament. Kein übergeordnetes, überstaatliches Rechts- oder Verfassungssystem darf dieses Prinzip aushöhlen.

Alle Deutschen und in Deutschland dauerhaft lebenden Menschen sollen ein soziales Jahr ableisten, welches bis zum 25. Lebensjahr abgeleistet werden muss. Dieses soziale Jahr soll vor allem der Stabilisierung des Sozialsystems dienen und jungen, alten, behinderten oder kranken Menschen zugutekommen. Berufseinsteigern bei Polizei-, Feuerwehr- oder Bundeswehr wird die Dienstzeit angerechnet. Das soziale Jahr wird so angelegt, dass es der Allgemeinheit zugutekommt. Es werden vom Gesetzgeber Mindestlöhne und Verhältnisquoten zu regulären Arbeitsplätzen festgelegt, damit weder private Einrichtungen oder ausgebildete Arbeitnehmer gefährdet werden. Der größte Teil der Lohnabgaben aus dem sozialen Jahr sollen in die sozialen Sicherungssysteme fließen.

»Sozial- & Gesundheitssystem«

Wir müssen die **Sozial-, Gesundheits- und andere Sicherungssysteme** renovieren und größtmögliche Gerechtigkeit herstellen. Wir brauchen ein neues Modell, das den Bürgern ihre, in der Erklärung der Menschenrechte der UNO und im Grundgesetz festgelegten Ansprüche auf ein würdiges Leben gewährleistet.

Wir werden die im Grundgesetz geforderte **Gleichstellung der Geschlechter** durchsetzen. Wir wollen die Herrschafts- bzw. Machtverhältnisse und gesellschaftlichen Vorurteile, die Männer und Frauen noch heute an der Wahrnehmung ihrer Rechte hindern, durchbrechen.

Geschlechterpolitik heißt nicht „Frauenpolitik“. Die Geschlechterpolitik stellt Frau wie auch Mann gleichermaßen in die Verantwortung. Wir fordern ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, um Frauen und Männern gleiche Chancen und Rechte einzuräumen und beiden gleichermaßen die Möglichkeit zu geben, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

Die konsequente Umsetzung und Durchsetzung des Antidiskriminierungsgesetzes, das nicht nur Frauen sondern allen eventuell benachteiligten Menschen hilft, wird diesen Missstand beenden.

Einzelne Frauen- und Männerrechte bestehen nicht, denn es gelten für alle Individuen (männlich, weiblich, divers) die gleichen **Menschenrechte**. Für sie wollen wir weltweit kämpfen. Dem Frauen- und Mädchenhandel, der Sklaverei, Zwangsheirat und Genitalverstümmelung muss weltweit ein Ende bereitet werden.

Frauen dürfen nicht durch Kultur, Religion und familiäre Unterdrückung von der Teilhabe an Bildung, Ausbildung und Selbstbestimmung abgehalten werden.

Die Ungerechtigkeit die Männer in **Scheidungs- und Sorgerechtsverfahren** erleben, muss beendet werden. Falsche Verdächtigungen und erfundene Anschuldigungen zur Erlangung des Sorgerechtes, müssen von den Staatsanwaltschaften intensiver aufgeklärt und von Gerichten abgeurteilt werden.

Der Wegfall von Unterhaltspflichten und ein automatisches und nicht verhandelbares Recht des Kindes auf beide Elternteile nach schwedischem Vorbild soll eingeführt werden. Das Kindeswohl muss in den Vordergrund gestellt werden.

Die **Gesundheitspolitik** bedarf der grundlegenden Erneuerung. Sie ist in vielen Bereichen unsozial und bedient letztendlich oft nur den Interessen einiger internationaler Konzerne und ihrer Vertreter.

Nach Maßstäben der **Weltgesundheitsorganisation** (WHO), darf unter Gesundheit nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen verstanden werden. Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen und geistigen Wohlergehens. Der Besitz des bestmöglichen Gesundheitszustandes bildet eines der Grundrechte jedes Menschen. Es darf keinen Unterschied wegen der Rasse, der Religionszugehörigkeit, des Geschlechts, der politischen Weltanschauung und vor allem auch der wirtschaftlichen und sozialen Stellung geben.

Ein besonderer Schwerpunkt unserer Gesundheitspolitik ist, die gesunde Entwicklung der Kinder, unserer Zukunft, zu fördern und allgemein die Prävention in den Vordergrund zu stellen. Die Erkenntnisse der Medizin und ihrer verwandten Wissenschaften, müssen allen gleichermaßen zugänglich sein. Die Regierung trägt einen erheblichen Teil der Verantwortung für die Gesundheit ihrer Bürger und darf sich nicht immer weiter aus dieser Verantwortung herausziehen.

Die reine Profitorientierung der Krankenhäuser muss mittels Auflagen zu Gunsten einer guten Personal-Ausstattung, Materialversorgung und ausreichender Kapazitäten gestoppt werden.

»Tierschutz«

Das **Tierschutzrecht** ist erheblich zu verbessern. Die Tiere sind unsere **Mitgeschöpfe** und entsprechend wollen wir mit ihnen umgehen. Wir wollen ausnahmslos alle Tierversuche verbieten.

Tierversuche sind grausam, unethisch und wissenschaftlich nur selten erforderlich. Tierversuche für Kosmetika und andere nicht medizinische Produkte werden wir verbieten. Lassen sich für die Zulassung eines Medikamentes Tierversuche nicht vermeiden, was eine betriebsunabhängige wissenschaftliche Ethikkommission im Einzelfall zu entscheiden hat, muss die Firma einen angemessenen Schadensersatz an die Familie, d.h. in diesem Fall der Tierwelt, zahlen. Die Höhe der Summe legt die Ethikkommission fest und bestimmt zudem den gemeinnützigen Empfänger, der dieses Geld als Spende zur Erhaltung artgeschützter Tiere bzw. den Erhalt der Artenvielfalt erhält. Über Tierversuche zu rein wissenschaftlichen Zwecken, z. B. Ausbildung von Medizinern, der Arterhaltung oder Seuchenvorbeugung, die nur an gemeinnützigen Einrichtungen bzw. staatlichen Universitäten durchgeführt werden dürfen, entscheidet ebenfalls die Ethikkommission.

Wir fordern eine artgerechte Haltung von Tieren und den Schutz ihrer natürlichen Lebensräume. Vordringlich werden wir die Möglichkeit tierschutzrechtlicher **Verbandsklagen** im Bund und in den Ländern durchsetzen.

Das Verbot der Subventionierung von Lebedntiertransporten und grenzüberschreitenden Schlachtiertransporten muss durchgesetzt werden. Lebedntiertransporte zu Schlachtzwecken über einen Zeitraum von mehr als vier Stunden werden mit einer Tiertransportsteuer belegt, deren Einnahmen in ökologische Tierprojekte fließen. Ersatzweise und vorübergehend kann der Aufbau von Kühlketten subventioniert werden.

»Wirtschaft & Steuer«

Die Fehlentwicklungen der einseitig exportorientierten **neoliberalen Wirtschaftspolitik** wollen wir ändern. Sie führt zu sozialer und gesellschaftlicher Verelendung eines großen Teils unserer Bürger und nutzt ausschließlich den sehr gut Verdienenden und den internationalen Konzernen. Sie zerstört den Mittelstand und die Lebensgrundlagen der Bevölkerung.

Wir wollen Anreize für wirtschaftliche Investitionen im Inland schaffen. Wir sparen strikt an bürokratischen Verwaltungskosten und verfolgen konsequent Steuerverschwendung u. a. mit erweiterten Kompetenzen des Bundes der Steuerzahler und neuen Strafgesetzen. Die so eingesparten Gelder sollen direkt in die Förderung des **Mittelstandes** investiert werden. Das schafft weitere Arbeitsplätze. Insgesamt werden wir für die Steigerung der **Binnennachfrage** Sorge tragen. Mittelständische Unternehmen sollen durch Verstärkung der Gerichte und damit Beschleunigung der Verfahren u.a. besser vor Forderungsausfall geschützt werden.

Die ungezügelte **Subventionspolitik** in Bund und EU zugunsten der Überschussproduktion in der Agrarindustrie werden wir beenden und den Bauern, durch Förderung einer der Produktion angemessenen Preispolitik, ein gesichertes alternatives Auskommen bieten. Preisdruck durch Großunternehmen, die Bauern zwingen unterhalb des Produktionspreises verkaufen zu müssen, werden wir mit Entschiedenheit verbieten und verfolgen.

Die **Agrarpolitik** muss das Ziel haben, eine verbrauchergerechte, nachhaltige Produktion zu erreichen, die Tiere zu schützen, den Raubbau an Böden, die Verschmutzung des Wassers, die Vernichtung der Lebensgrundlagen von Wildtieren zu unterbinden.

Die Fischereiwirtschaft muss - wie die Landwirtschaft - auf Nachhaltigkeit umgestellt werden, um das Leerfischen der Meere zu verhindern, durch das viele Menschen der Welt ihrer natürlichen Lebensgrundlage beraubt werden. Der Fang mit Schleppnetzen über bestimmte Längen ist gesetzlich weltweit einzuschränken, zu regulieren und energisch zu überwachen sowie langfristig zu verbieten. Gleichzeitig muss der Schutz der Meeressäuger verstärkt werden, die zu Tausenden als Beifang in Fischernetzen verenden. Walfang, auch zu vorgeblichen Tierversuchen wird verboten.

Die Wirtschafts-, Agrar- und Energiepolitik ist vorrangig ökologisch auszurichten. **Verbraucherschutz** geht vor wirtschaftliche Interessen.

Steuer- und Sozialdumping innerhalb Europas müssen durch eine entsprechende europäische und nationale Gesetzgebung verhindert werden

Das **Steuerrecht** muss radikal vereinfacht werden. Es ist den Vermögenden und großen Körperschaften mit politischer Unterstützung gelungen, sich ihren Verpflichtungen zur Steuerleistung ganz oder teilweise zu entziehen. Eine Umverteilung von unten nach oben in ungeheurem Ausmaß

ist Normalität geworden. Dieses werden wir zugunsten der unteren Einkommens- und Sozialschichten stoppen. Wir werden verhindern, dass Steuergelder unsinnig und missbräuchlich in Verwaltungen versickern oder verschleudert werden. Steuerverschwendung im Amt muss Konsequenzen haben.

Langfristig müssen wir eine internationale Harmonisierung der Steuersätze anstreben. Steuern müssen dort erhoben werden, wo die Wertschöpfung anfällt, Dividenden dort, wo der Dividendenempfänger wohnhaft ist. Internationale Konzerne dürfen nicht länger ihre Gewinne und Verluste beliebig zum Zwecke der Steuervermeidung verschieben.

Wir werden eine Steuer auf internationale Devisengeschäfte, eine Besteuerung kurzfristiger Spekulationen mit ausländischen Währungen (Tobinsteuer) einführen. Dadurch werden Finanzspekulationen, die zur Instabilität der Finanzmärkte bis hin zu Währungskrisen führen, eingedämmt. Der Staat muss wieder seiner Verantwortung gegenüber seinen Bürgern gerecht werden. Er darf sich nicht selbst aller Handlungsmöglichkeiten durch Privatisierung und Stellenabbau berauben.

Kernaufgaben des Staates, wie die Sicherstellung der Grundbedürfnisse seiner Bürger, dürfen nicht weiter privatisiert werden bzw. müssen wieder in Gemeineigentum zurückgeführt werden. Bildung und Kunst dürfen kein Privileg Hochverdienender werden. Dazu gehört jedoch auch, dass der Bürger mehr in seine staatlichen und gesellschaftlichen Pflichten eingebunden wird, statt immer weiter entmündigt zu werden. Wir fordern daher mehr Mitbestimmung und Mitwirkungsmöglichkeiten auf allen Ebenen von Politik und Verwaltung.

Wir wollen den genossenschaftlichen, am Gemeinwohl orientierten, Gedanken wiedererwecken und fördern. **Genossenschaften** sind wirtschaftlich hocheffiziente Einrichtungen, die der sozialen Sicherheit und dem sozialen Frieden dienen. Sie dienen insbesondere der Bedarfsdeckung und Existenzsicherung benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Den ausufernden Lobbyismus und die wuchernde Korruption werden wir bekämpfen. Dazu werden wir nicht nur ein umfassendes Informationsfreiheitsgesetz für Bürger und Presse einführen, sondern auch das Strafgesetz ändern und Rückforderungs- und Entschädigungsrichtlinien einführen.

Stichwortverzeichnis:

Abrüstungsbemühungen	10	Medienmonopole	12
Agrarmärkte	10	Meinungsvielfalt	12
Agrarpolitik	18	Menschenrechte	15
Außenpolitik	10	Minen	13
Bildungswesen	5	Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrecht	10
Binnennachfrage	18	Mittelstand	18
Bio-Piraterie	7	Nachhaltig	6
Bundeswehr im Inneren	9	Nachhaltigkeit	7
Bürgerfunk	12	neoliberalen Wirtschaftspolitik	18
Bürgerrechten	8	Ökologie	6
Bürgerzeitungen	12	Ökonomie	6
Daten	8	Präventionsmaßnahmen	9
Drogenpolitik	9	Privatisierung	11
Einwanderungspolitik	10	Qualifikationsförderabgabe	5
Energieversorgung	6	Richtlinienkompetenz	5
Europa	10	Rüstungsindustrie	11
Europäischen Parlaments	10	Sicherheitsordnung	13
Extremistischen Positionen	9	Sicherheitspolitik	12
Frieden	8	Sozial- und Sicherungssysteme	15
Genossenschaften	19	Sozialpolitik	12
Gentechnisch	7	Steuerrecht	18
Gesundheitspolitik	16	Studium	5
Gewaltmonopol	12	Subventionspolitik	18
Gleichstellung der Geschlechter	15	Täter-, Opferausgleich	9
Globalisierung	10	Tierschutzrecht	17
Grundeinkommen	15	Überwachungsstaat	8
informellen Selbstbestimmung	8	Umweltpolitik	12
Innere Sicherheit	8	Verbandsklagen	17
Internet	12	Verbraucherschutz	18
journalistische Berichterstattung	12	Vereinten Nationen	11
Kapitalverkehr	12	Verfassung	10
Kernaufgaben	19	Verkehrsverbund	6
Klimaschutzpolitik	6	Vertrauensbildung	12
Klimaveränderung	6	Wasserversorgung	11
Korruption	9	Weltgesundheitsorganisation	16
kritischen Bürger	8	Weltwirtschaftsordnung	12
Landwirtschaft	7		
Law&Order	9		
Massenvernichtungswaffen	13		